

Einige Elterninitiativen setzen sich derzeit vehement für eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium ein. Sie fürchten eine Überanstrengung ihrer Kinder, kritisieren lange Unterrichtszeiten und wünschen sich mehr Möglichkeiten individueller Freizeit. Die Ursache für den beobachteten Stress sehen sie in den zeitlichen und inhaltlichen Rahmenbedingungen des achtjährigen Gymnasiums. In manchen Ländern haben sich inzwischen Gegeninitiativen gegründet, die an der Struktur des achtjährigen Gymnasiums festhalten wollen, aber Veränderungen bei der inneren Gestaltung fordern. Die Debatte ist emotional aufgeladen, von Schuldzuweisungen geprägt und nicht immer sachlich. Auffällig ist, dass es die o.g. Kritikpunkte in den neuen Bundesländern, in denen seit Jahrzehnten das Abitur nach 12 Schuljahren abgelegt wird und in Berlin kaum gibt.

Nach der Wende existierten in Deutschland unterschiedlich lange Bildungsgänge zum Abitur. Um hier eine Vergleichbarkeit zu sichern, hat die Kultusministerkonferenz (KMK) eine Mindestzahl von 265 Wochenstunden beschlossen. Diese Unterrichtsstunden muss jeder Schüler/jede Schülerin bis zum Abitur mindestens belegt haben. In fast allen Ländern der Welt wird das Abitur nach 12 Jahren abgelegt. Eine internationale Anpassung mit kürzeren Schul- und Studienzeiten war von der Wirtschaft dringend gewünscht worden. Deshalb hatten sich fast alle Bundesländer zur Einrichtung des achtjährigen Gymnasiums entschieden. Die Umsetzung erfolgte allerdings oft überhastet und zunächst ohne eine notwendige innere Reform der pädagogischen Arbeit in den Schulen und der äußeren Rahmenbedingungen.

Inzwischen haben alle der an der G8 Entwicklung Beteiligten viel Kraft, Zeit und Engagement in die Umsetzung dieser Strukturveränderung gesteckt. Die ersten Absolventinnen und Absolventen haben ihr Abitur abgelegt, in der Regel mit den gleich guten Ergebnissen wie die Mitschülerinnen und Mitschüler in den Jahren zuvor. Eine Rückentwicklung zum neunjährigen Gymnasium würde den Schulen eine ähnliche Anstrengung noch einmal abverlangen auf Kosten einer schulinternen Weiterentwicklung von Unterricht und Schulleben. Gleichzeitig entstünden auf Dauer in den Bundesländern unterschiedlich strukturierte Gymnasien, was die Mobilität der Eltern erschwert und Kinder bei Umzügen in ihrer Schullaufbahn belastet.

Wir plädieren dafür, dass die Kultusministerkonferenz prüft, welche Möglichkeiten der Veränderung der Rahmenbedingungen es gibt, die die Mittelstufe des Gymnasiums entlasten. So könnte die Zahl der notwendigen Unterrichtsstunden bis zum Abitur von 265 auf 260 gesenkt werden. Jede Schülerin/ jeder Schüler hätte dann in der Mittelstufe rechnerisch eine Stunde pro Woche weniger Unterricht. Die Schulen könnten auf diese Weise den Umfang des Nachmittagsunterrichts deutlich begrenzen bzw. in den unteren Jahrgangsstufen gegebenenfalls ganz darauf verzichten. Die durch die Reduzierung des Pflichtunterrichts freiwerdenden Ressourcen müssten in den Schulen bleiben und könnten für individuelle Angebote genutzt werden, um die zunehmend heterogene Schülerschaft der Gymnasien zu fördern und herauszufordern.

Wir bitten die Kultusministerkonferenz darüber hinaus, sich auf eine Empfehlung zur pädagogischen Arbeit im Gymnasium zu einigen, die pädagogische Impulse für die Lehr- und Lernprozesse eines modernen Gymnasiums schafft und gleichzeitig sichert, dass die Standards des mittleren Abschlusses und des Abiturs auch bei verringerter Mindestunterrichtszeit von den Schülerinnen und Schülern erreicht werden können.

Wir sind sicher, dass eine solche Initiative der Kultusministerkonferenz  
- den Schulfrieden und die Mobilität in Deutschland,  
- die Vergleichbarkeit und die Standards  
- die Weiterentwicklung der Qualität schulischer Arbeit  
sichern kann und vor allem den Schülerinnen und Schülern, ihrer Motivation und Lernfreude  
und guten Leistungsergebnissen dient.

Prof. Dr. Hermann Avenarius, *Deutsches Institut für Internationale pädagogische Forschung (DIPF),  
Frankfurt am Main*

Prof. Dr. Jürgen Baumert, *ehem. Direktor am Max Planck Institut für Bildungsforschung, Berlin*

Dr. Gerhard F. Braun, *Vorsitzender des BDA/BDI Bildungsausschusses*

Dieter Brückner, *Stellvertreter des Vorsitzenden der Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien und Vor-  
sitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren in Bayern*

Peter Daschner, *ehem. Landesschulrat in der Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburg*

Josef Erhard, *ehem. Amtsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissen-  
schaft und Kunst, langjähriger Leiter der KMK Amtschefkommission Qualitätssicherung in Schulen,  
München*

Konrad Großmann, *Stellvertreter des Vorsitzenden der Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien und  
Vorsitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren NRW*

Peter Haase, *Stellvertreter des Vorsitzenden der Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien und Vorsit-  
zender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren in Bremen*

Ilka Hoffmann, *Frankfurt am Main*

Prof. Dr. Ludwig Huber, *Universität Bielefeld*

Cornelia von Ilseman, *ehem. Leiterin des Schulausschusses der KMK und Abteilungsleiterin bei der  
Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bremen*

Prof. Dr. Klaus Klemm, *Universität Duisburg-Essen*

Prof. Dr. Eckhard Klieme, *Direktor am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung  
(DIPF), Frankfurt am Main*

Prof. Dr. Olaf Köller, *Geschäftsführender Direktor des Leibniz Instituts für die Pädagogik der Natur-  
wissenschaften (IPN), Kiel*

Ingo Kramer, *Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)*

Hans Jürgen Kuhn, *ehem. Staatssekretär für Schule, Berufsbildung und Sport in Berlin*

Prof. Dr. Wilfried Müller, *Altrector der Universität Bremen*

Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, *Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin, ehem.  
Kultusminister von Sachsen-Anhalt*

Prof. Dr. Anand Pant, *Humboldt-Universität, Berlin*

Prof. Dr. Manfred Prenzel, *Dekan der TUM School of Education, München*

Prof. Dr. Petra Stanat, *Humboldt-Universität, Berlin*

Dr. Eva Maria Stange, *MdL, Staatsministerin a.D. und ehem. Vorsitzende der GEW, Dresden*

Dr. Rainer Stein-Bastuck, *Vorsitzender der Bundesdirektorenkonferenz der Gymnasien*

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann, *Universität Bielefeld*

Prof. Dr. Ulrich Trautwein, *Universität Tübingen*

Ralf Treptow, *Stellvertreter des Vorsitzenden der Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien und Vorsit-  
zender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren in Berlin*

Hans-Peter Vogeler, *ehem. Vorsitzender des Bundeselternrates, Hamburg*

Gudrun Wolters-Vogeler, *Vorsitzende des Allgemeinen Schulleitungsverbandes Deutschland (ASD),  
Hamburg*

Sybille Volkholz, *ehem. Senatorin für Schule, Berufsbildung und Sport in Berlin*

Prof. Dr. Jürgen Zöllner, *ehem. Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin*